

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderates vom 08.02.2021

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 21:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Kirchner, Jürgen

Stimmberechtigtes Mitglied

Brauch, Michael

ab 18:05 Uhr anwesend // TOP 1

Braun, German

Drissler, Marlies

Ehret, Elke

Embach, Thomas

Ewald, Jürgen

Fink, Manuel

(Urkundsperson)

Follo, Antonio

ab 18:05 Uhr anwesend // TOP 1

Hertinger, Ernst

Keller, Tanja

Klefenz, Denis

Lembke-Blümmel, Dietlind

Löffel, Antje

Metz, Christian

Molitor, Natalie

Pöstges, Daniel

ab 18:13 Uhr anwesend // TOP 4

Rheinfrank, Thorsten

Sanchez, Hiltrud

(Urkundsperson)

Schild, Martin

Schulz-Bauerhin, Dirk

ab 19:05 Uhr anwesend // TOP 6

Schwöbel, Herbert

Wiegand, Andreas

ab 18:13 Uhr anwesend // TOP 4

Mitglied der Verwaltung

Koch, Klaus

Pohl, Thomas

Rößling, Bertram

Schork, Tobias

Ehret, Klaus

Reinhard, Jürgen

Schriftführer/in

Fettel, Mara

Abwesend:

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde. Der Bürgermeister stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TAGESORDNUNG:

- 1) Einwohnerfragestunde
- 2) Vorlage der Niederschrift aus der letzten Sitzung
- 3) Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse 2021 001
- 4) Änderung der Hauptsatzung der Stadt Hemsbach 2020 122
- 5) Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates 2020 123
- 6) Vorlage der Haushaltsanträge der Fraktionen zum Haushalt 2021 2021 002
- 7) Stromlieferung für Kommunale Liegenschaften, der Straßenbeleuchtung und des Schulverbandes: Festlegung der Ausschreibungskriterien. 2020 124
- 8) Genehmigte und abgelehnte Bauvorhaben im September / Oktober / November 2020 2020 125
2020
- 9) Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen 2021 003
- 10) Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

TOP 1)	Einwohnerfragestunde	
---------------	-----------------------------	--

Frau Horn spricht sich zum Tagesordnungspunkt (TOP) 6 – Vorlage der Haushaltsanträge der Fraktionen aus und geht speziell auf die Anträge betreffend die Goetheschule ein. Sie merkt an, dass die dringende Notwendigkeit einer Sanierung der Grundschule bereits seit Jahren bekannt ist. Dennoch werde hierauf keine große Rücksicht genommen. Frau Horn kann nicht nachvollziehen, weshalb erst nach Fertigstellung des Hebelschulneubaus mit Sanierungsarbeiten an der Goetheschule begonnen werden soll. Sie appelliert an die Mitglieder des Gemeinderates, die Planungsmittel zur Vorbereitung einer Sanierung der Goetheschule i. H. v. 30.000 EUR einzustellen und den hohen Sanierungsbedarf nicht außer Acht zu lassen.

StR Follo sowie StR Brauch nehmen ab 18:05 Uhr an der öffentlichen Sitzung teil.

Frau Dick ist aufgefallen, dass auf der neuen Homepage der Stadt Hemsbach überhaupt kein Bezug zum Jugendgemeinderat hergestellt wurde. Dieser ist auf der städtischen Seite nicht vertreten. Sie wünscht sich eine Übersicht der derzeitigen Mitglieder des Jugendgremiums sowie Informationen zur Erreichbarkeit.

TOP 2)	Vorlage der Niederschrift aus der letzten Sitzung	
---------------	--	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

Die Niederschrift vom 14.12.2020 wurde von den Ratsmitgliedern zur Kenntnis genommen und von den Urkundspersonen unterzeichnet.

TOP 3)	Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse	2021 001
---------------	---	-----------------

Bürgermeister Kirchner gibt die vom Gemeinderat in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 14.12.2020 gefassten Beschlüsse bekannt.

Mehrheitliche Zustimmung fanden die Beschlüsse:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundstücke auf dem ehemaligen Abenteuerspielplatz vermessen zu lassen und die Grundstücke nach Bestandskraft des Bebauungsplanes dann in einem Bieterverfahren, zu Höchstgebot, zu verkaufen. Das Mindestgebot wird auf 650,00 € pro Quadratmeter festgesetzt.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bereich Seeweg 2-4 einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten und diesen zeitnah dem Gemeinderat zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Das Grundstück wird nach Bestandskraft des Bebauungsplanes dann in einem Bieterverfahren, zu Höchstgebot, verkauft.
- 3) Das Erbbaurecht zu Gunsten des Reit- und Fahrverein Hemsbach e.V. wird bis zum 31.12.2039 verlängert.

TOP 4)	Änderung der Hauptsatzung der Stadt Hemsbach	2020 122
---------------	---	-----------------

Herr Koch erläutert kurz die Sitzungsvorlage.

StR Schwöbel lehnt den Beschlussantrag und somit die Änderungen in der Hauptsatzung ab. Er persönlich möchte keine Videokonferenzen als Ersatz für eine Präsenzsitzung. Alle Mitglieder des Gemeinderates sollen gut, ausreichend und gleichmäßig informiert werden, um entsprechend entscheiden zu können. Durch Einführung solcher „Online-Sitzungen“ werden zusätzliche Anforderungen gestellt. Unter anderem muss jedermann über ein geeignetes Endgerät und dessen Know-how zur Bedienung verfügen. Des Weiteren ist sicherzustellen, dass auch die Öffentlichkeit an der Videokonferenz teilnehmen kann und dennoch die datenschutzrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden. Für StR Schwöbel ergeben sich einige rechtliche Bedenken, sodass er gegen den Beschlussantrag stimmen wird.

StR Wiegand sowie StR Pöstges nehmen ab 18:13 Uhr an der Gemeinderatssitzung teil.

Bürgermeister Kirchner kann die Argumentation von StR Schwöbel nachvollziehen. Es bleibt ungewiss, wie lange die Pandemie noch andauere. Auch er spricht sich weiterhin für Präsenzsitzungen aus. Jedoch sollten die gesetzlichen Neuerungen aus der Gemeindeordnung übernommen und in der Hauptsatzung entsprechend angepasst werden. So wird lediglich die Option geschaffen, Sitzungen als Videokonferenz durchführen zu können.

StR Hertinger stellt ebenfalls nochmal klar, dass die Änderung der Hauptsatzung nicht bedeute, dass die Sitzungen zukünftig per Videokonferenz abgehalten werden. Die formelle Regelung räumt lediglich eine Möglichkeit ein, „Online-Sitzungen“ künftig in Angriff nehmen zu dürfen.

Beschluss:

Zustimmung zur Änderung der Hauptsatzung ab dem 01.03.2021 gem. Satzungsentwurf.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung

Ja:	21	
Nein:	1	Schwöbel
Enthaltungen:	0	

TOP 5)	Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates	2020 123
---------------	--	-----------------

Bürgermeister Kirchner geht ohne weitere Aussprache in die Beschlussfassung über.

Beschluss:

Zustimmung zur Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates gem. Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung

Ja:	21	
Nein:	1	Schwöbel
Enthaltungen:	0	

TOP 6)	Vorlage der Haushaltsanträge der Fraktionen zum Haushalt 2021	2021 002
---------------	--	-----------------

Bürgermeister Kirchner lässt über jeden einzelnen Beschlussantrag beraten und direkt im Anschluss beschließen.

CDU-Fraktion

1. Sanierung der Giselherstraße – Streichung der Investitionsmaßnahme

StR Klefenz spricht im Namen der CDU. Die Fraktion sieht die Sanierung der Giselherstraße als eine Folge aus dem Neubau der Hebelschule. Demnach sollte hier das „Verursacherprinzip“ gelten und die Kosten für etwaig entstandene Straßenschäden auf den Schadensverursacher umgelegt werden. Eine grundlegende Sanierung der Giselherstraße sieht die Fraktion als nicht notwendig.

StRin Sanchez ist anderer Meinung. Die Fraktion der SPD wird gegen den Haushaltsantrag stimmen. Die Straße müsse nach Fertigstellung des Neubaus unbedingt saniert werden. Ebenso müssten die Gehwege erweitert und die Parkplätze verändert bzw. verlegt werden.

StR Embach schließt sich der Aussage von StRin Sanchez an und wird ebenfalls ablehnen. Die entstandenen Straßenschäden müssen behoben werden.

StR Hertinger spricht sich für den Haushaltsantrag aus. Wenn die Giselherstraße durch die Errichtung des Neubaus so stark beschädigt wurde, ist zu prüfen, wer diesen Schaden verursacht hat. Der Verursacher müsse dann für die Instandsetzung der Straße aufkommen.

StRin Ehret spricht im Namen der Fraktion Pro Hemsbach. Diese schließt sich den Aussagen der CDU und Freien Wähler an. Eine Sanierung ist nicht zwingend notwendig, sodass dem Haushaltsantrag der CDU zugestimmt wird.

Herr Reinhard merkt an, dass die Sicherheit der Schüler verbessert werden muss. Hierzu wird ein breiteres Gehweg auf der Schulseite benötigt. Ebenso soll eine verkehrsoptische Bremse durch Bepflanzungen entstehen, um die Fahrgeschwindigkeit zu verringern. Auch soll der Verkehr umgeleitet werden, sodass die Anlieferung der Kinder auf der Schulseite stattfindet. Die Verwaltung ist der Meinung, dass eine Verbesserung der Straßensituation nur mit einem Vollausbau der Giselherstraße erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung

Ja:	12	
Nein:	10	Embach, Lembke-Blümmel, Molitor, Sanchez, Löffel, Ewald, Braun, Brauch, Wiegand, Kirchner
Enthaltungen:	0	

2. Einzahlung aus der Veräußerung von Sachvermögen

Herr Koch merkt an, dass die Verwaltung gemäß der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vorsieht, die Mittel, welche für das Haushaltsjahr 2020 auf der Einnahmeseite eingeplant waren, in das Jahr 2021 zu übertragen und nicht noch einmal neu zu planen. Somit wird verhindert, dass sich der Kreditbedarf der Stadt Hemsbach automatisch reduziert.

StR Klefenz erschließt sich die Erläuterung des Kämmerers nicht. Seiner Meinung nach gehören Einnahmen erst verbucht, wenn diese auch realisiert werden.

Zu diesem Haushaltsantrag findet keine Abstimmung statt.

3. Aufnahme von Investitionen in die Finanzplanung 2022,2023 und 2024

Herr Koch erklärt, dass durch Beschlüsse des Gemeinderates die Finanzplanung jedes Haushaltsjahres neu geplant und gefasst wird. Dementsprechend können die im Haushaltsantrag genannten Investitionen für die Finanzplanungsjahre vorgesehen und in der Überarbeitung des Haushaltsplans berücksichtigt werden.

Zu diesem Haushaltsantrag findet keine Abstimmung statt.

4. Barrierefreier Bahnhof

StR Schild spricht sich für die Einstellung der erforderlichen Mittel zur Weiterplanung eines barrierefreien Bahnhofes in Hemsbach aus. Er betont, dass ein barrierefreier Zugang zu den Bahngleisen zur Grundausstattung eines modernen Bahnhofes gehört und unverzichtbar sei. Sollten die Planungskosten nicht eingestellt werden, hat dies zur Folge, dass Hemsbach die Möglichkeit eines barrierefreien Ausbaus für die nächsten Jahre verwehrt bleibt.

StRin Drissler ist ebenfalls der Meinung, dass die Barrierefreiheit am Hemsbacher Bahnhof unumgänglich ist. Auch die Fraktion Pro Hemsbach stellte einen gleichlautenden Haushaltsantrag und schließt sich demnach der CDU an. Ihr ist es wichtig, dass zusätzlich nach Fördermöglichkeiten „Ausschau gehalten“ wird.

StRin Löffel spricht sich im Namen der SPD ebenfalls für den Haushaltsantrag aus und stimmt diesem zu.

Auch die Grün-Bunte-Liste stimmt dem Beschlussantrag zu.

Herr Schork macht darauf aufmerksam, dass sich Hemsbach, durch Einstellung der Planungskosten in den Haushalt, verpflichtet, das Projekt „barrierefreier Bahnhof“ fortzuführen, umzusetzen und die Kosten hierfür zu tragen. Ein „Zurückrudern“ geht nach Beschlussfassung nicht mehr. Fördermöglichkeiten sind nicht gegeben. Von Seiten der Verwaltung treten Zweifel auf, wie die Maßnahme finanziert werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja:	20	
Nein:	1	Kirchner
Enthaltungen:	1	Metz

5. Kulturangebot // Kulturbühne Max: Plan zur Kostendeckung

StR Klefenz spricht im Namen der CDU. Aufgrund der Haushaltslage ist es erforderlich, bei der Kulturbühne Max eine Kostendeckung anzustreben.

Bürgermeister Kirchner merkt an, dass im Antrag der CDU gefordert wird, keine neuen Verträge in Bezug auf die Kulturbühne abzuschließen. Hierzu stellt er klar, dass sich diese Forderung, aufgrund der pandemischen Lage, von selbst erübrigt.

StRin Drissler spricht im Namen von Pro Hemsbach. Sie ist dankbar für das Angebot der Kulturbühne Max. Durch die Pandemie konnten die Veranstaltungen im Jahr 2020 unglücklicherweise nicht mehr stattfinden. Sie merkt an, dass Pro Hemsbach bereits am 11.12.2019 einen Antrag mit der Forderung stellte, die Kosten aller Kulturangebote in Hemsbach zusammenzustellen. Eine Aufstellung wurde bisher nicht vorgelegt. Sie persönlich vermisst es, eine Veranstaltung im Max zu besuchen. Ihre Fraktion lehnt die Haushaltsanträge der CDU sowie der Freien Wähler ab.

StR Embach sieht die Kulturbühne als „einen Dorn im Auge“ der CDU. Er ist der Meinung, dass die Stadt mit dem angebotenen Kulturprogramm einen einzigartigen Mehrwert für Hemsbach geschaffen hat. Die Grün-Bunte-Liste lehnt demnach ebenfalls den Beschlussantrag der CDU ab.

StRin Löffel schließt sich, im Namen der SPD, der Ablehnung des Haushaltsantrags an. Sie bittet die Verwaltung, ein Faktenblatt aller Veranstaltungen anzufertigen, auf dem ersichtlich ist, wie viel Geld für welche Veranstaltung ausgegeben wird.

Bürgermeister Kirchner erklärt, dass immer über die Kosten in der Jahresrechnung informiert wurde.

StR Fink stellt klar, dass der Haushaltsantrag der CDU darauf abzielt, einen Plan zur Kostendeckung zu erarbeiten. Die Forderung einer Mittelkürzung wurde im Antrag nicht genannt und ist nicht Bestandteil des Anliegens.

Bürgermeister Kirchner merkt an, dass die Erstellung eines solchen Plans momentan nicht möglich ist. Es ist nicht abzusehen, wie es zukünftig, aufgrund der pandemischen Lage, überhaupt mit dem Kulturprogramm weitergeht. Dementsprechend gestaltet es sich sehr schwierig einen Plan zur Kostendeckung zu erarbeiten.

StR Brauch verlässt um 19:02 Uhr den Ratstisch und kehrt um 19:05 Uhr an diesen zurück.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja:	11	
Nein:	11	Follo, Ehret, Drissler, Embach, Lembke-Blümmel, Molitor, Ewald, Braun, Sanchez, Löffel, Kirchner
Enthaltungen:	0	

6. Mitarbeiterzahl einfrieren

StR Schulz-Bauerhin nimmt ab 19:05 Uhr an der Sitzung teil.

StR Fink begründet die Einreichung dieses Antrags mit der Steigerung der Personalkosten in den vergangenen Jahren. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass das Anliegen auf die Personalkostensituation in der Verwaltung gerichtet ist. Bauhof und Kindergarten sind hiervon nicht betroffen.

Bürgermeister Kirchner ist überzeugt, dass das Verwaltungspersonal „auf Kante genäht“ und nicht überbesetzt ist. Es muss auf gesellschaftliche Umstände, wie beispielsweise die Flüchtlingswelle, Digitalisierung, Klimaschutz oder ähnliches reagiert werden. Die fehlende Kapazität an Verwaltungspersonal wird auch dadurch deutlich, dass das Zusammenführen von vielen verschiedenen Tätigkeiten zur Einreichung von Überlastungsanzeigen führt.

StR Follo verlässt um 19:10 Uhr den Ratstisch und kehrt um 19:12 Uhr an diesen zurück.

StRin Drissler kann das Anliegen der CDU nachvollziehen, wenn man die Personalkostenentwicklung über die Jahre betrachtet. Sie ist jedoch der Meinung, dass das Einfrieren der Mitarbeiterzahl keine Option darstellt. Mit Blick in die Zukunft wünscht sich ihre Fraktion, eine neue IT-Stelle einzurichten. Diese Stelle soll die Digitalisierung vorantreiben und einen Ansprechpartner für die Schulen darstellen. Ihrer Meinung nach könnten die extern vergebenen Arbeiten wieder mehr durch städtisches Verwaltungspersonal und somit aus eigener Kraft bearbeitet werden. Hierdurch verringern sich die Personalkosten für Externe. Die Fraktion von Pro Hemsbach wird den Haushaltsantrag ablehnen.

Herr Rößling korrigiert, dass Planungsleistungen bearbeitet und erledigt werden, wenn dies innerhalb der Verwaltung möglich ist. Komplexere Leistungen sowie „Auftragsspitzen“ müssen weiterhin nach außen vergeben werden. Es ist ein Irrtum zu denken, dass alle Leistungen von städtischer Seite allein zu bewältigen sind.

StR Braun spricht im Namen der SPD. Die Fraktion lehnt den Haushaltsantrag der CDU ab. Es werden immer mehr Aufgaben, Anforderungen und Erwartungen an die Verwaltung gestellt. Seiner Einschätzung nach kann er nicht behaupten, dass die Verwaltung mit Personal überbesetzt sei. Auch ist der Antrag in Gänze weder sachlich begründet, noch zielführend.

StRin Molitor teilt, im Namen der Grün-Bunten-Liste, ebenfalls die Ablehnung des Antrags mit. Dem latenten Vorwurf, die Verwaltung würde nur auf der „faulen Haut“ liegen, könne nicht zugestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja:	11	
Nein:	11	Follo, Ehret, Drissler, Embach, Lembke-Blümmel, Molitor, Sanchez, Löffel, Ewald, Braun, BM Kirchner
Enthaltungen:	1	Keller

7. Jugendzentrum und Schulsozialarbeit

StR Fink spricht im Namen der CDU. Die Fraktion ist der Meinung, dass das Jugendzentrum (JuZ) eine hervorragende Arbeit leistet und unter der Leitung von Herrn Aschemann jede Unterstützung verdient. Der Antrag solle demnach nicht gegen das JuZ angesehen werden. Der Gemeinderat erhielt durch die Verwaltung eine Ergänzung zum Stellenplan (nichtöffentlich), welche im Grunde dem Antrag der CDU entspricht. Für StR Fink ist es wichtig, dass jeweils ein Ansprechpartner für Jugendzentrum und Schulsozialarbeit vorhanden ist.

StRin Drissler möchte sichergestellt haben, dass im Jugendzentrum zwei Stellen besetzt sind und eine Stelle für die Schulsozialarbeit in beiden Grundschulen (jeweils 50% für Hebelschule und Goetheschule) tätig ist. Die Stelle der Schulsozialarbeit soll vorrangig den Schulen zugeordnet sein und nur bei Bedarf im JuZ aushelfen.

StR Embach verlässt um 19:23 Uhr den Ratstisch und kehrt um 19:25 Uhr an diesen zurück.

StRin Molitor ist der Meinung, dass die Mitarbeiter/innen des JuZ und der Grundschulen am besten entscheiden können, wo es an Kapazität fehlt. Dem Antrag der CDU wird nicht zugestimmt. Sie spricht sich für die Schaffung von neuen Stellen im Jugend- und Schulsozialbereich aus.

StRin Löffel schließt sich, im Namen der SPD, der Ablehnung des Antrags an.

Bürgermeister Kirchner fasst zusammen, dass das Jugendzentrum in der momentanen Stellenbesetzung mit zwei Stellen gleichbleibt. Zusätzlich wird eine halbe Stelle Schulsozialarbeit für den Grundschulbereich eingerichtet.

Herr Schork merkt an, dass es sich um genau 0,43 Stellen handle, um die der Stellenplan, im Vergleich zum Stand 2020, angepasst wird. 0,07 Stellen werden im Bereich Verlässliche Grundschule eingespart.

Bürgermeister Kirchner lässt über einen Stellenmehrbedarf von insgesamt 0,43 Stellen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja:	22	
Nein:	0	
Enthaltungen:	1	Sanchez

Freie Wähler

1. Kulturangebot // Ressourcenbedarf kürzen

StR Hertinger verdeutlicht, dass die Bevölkerung durch die Pandemie auch im Jahr 2021 durch Abstandsregelungen und Hygienemaßnahmen eingeschränkt sein wird.

Veranstaltungen werden höchstwahrscheinlich erst ab dem dritten Quartal dieses Jahres stattfinden können. Aufgrund dessen ist die Fraktion der Freien Wähler der Meinung, dass die veranschlagten Mittel für das laufende Jahr i. H. v. 264.360,00 EUR zu hoch angesetzt wurden. Diese werden aufgrund der andauernden Corona-Situation nicht voll ausgeschöpft und sollen demnach in der Haushaltsplanung für 2021 auf 200.000,00 EUR gekürzt werden.

StRin Sanchez teilt im Namen der SPD-Fraktion ihre Zustimmung mit.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung

Ja:	16	
Nein:	4	Follo, Ehret, Drissler, BM Kirchner
Enthaltungen:	3	Embach, Lembke-Blümmel, Ewald

2. Straßenreinigung: Reduzierung der Ansätze

StR Hertinger wünscht sich in Sachen Straßenreinigung mehr Eigenverantwortung der Einwohner/innen. Hier sollte im unmittelbaren Wohnbereich, auf Gehwegen sowie Straßen eine geregelte Reinigung eigenverantwortlich und nicht nur durch die städtische Kehrmaschine erfolgen.

Herr Reinhard merkt an, dass von Seiten der Stadt im Bereich der Straßenreinigung keine Einsparpotenziale zu erkennen sind. Mehrausgaben entstanden durch die Anschaffung einer „Unkrautbürste“ sowie der mehrfache Einkauf von Streusalz. Zusätzlich entsteht des Öfteren das Gegenteil einer Eigenverantwortung. Das Aufkommen von „wildem Müll“ nimmt seit geraumer Zeit immens zu. Auch die Beseitigung dessen bleibt an der Verwaltung hängen, was Arbeitszeit und –mittel sowie Personalkosten erfordert.

StR Hertinger bedankt sich für die Erläuterung von Herrn Reinhard. Für ihn ist das Produkt Straßenreinigung nun besser verständlich, sodass er den Haushaltsantrag als gegenstandslos sieht.

Die Fraktion der Freien Wähler zieht den Haushaltsantrag zurück. Eine Abstimmung findet demnach nicht mehr statt.

Bürgermeister Kirchner unterbricht die öffentliche Sitzung von 19:45 – 19:55 Uhr.

Pro Hemsbach**Finanzen**

1. Mittel für Bebauungspläne sind in Höhe von 80.000 € geplant. Beschluss nicht erforderlich.
2. Umschuldungen werden geprüft. Beschluss nicht erforderlich

StRin Drissler bittet darum, eine Beschlussvorlage für einen Bebauungsplanentwurf des Seeweggeländes vorzubereiten.

Zu diesem Haushaltsantrag findet keine Abstimmung statt.

Klimaschutz

1. *Das Vorgehen der Stadtverwaltung ist erläutert.*

StRin Drissler ist es sehr wichtig, dass ein Klimakonzept erarbeitet wird. Sie fragt, bis wann der Gemeinderat notwendige Unterlagen für eine Beschlussfassung vorgelegt bekommt.

Bürgermeister Kirchner macht darauf aufmerksam, dass bereits Gespräche mit der Kliba geführt wurden. Es ist geplant, die Angelegenheit in einer der nächsten Sitzungen zu thematisieren.

Zu diesem Haushaltsantrag findet keine Abstimmung statt.

2. Ökobilanz am Kiefernweg

StRin Drissler merkt an, dass bei einer Ortsbegehung festgelegt wurde, eine Ökobilanz zu erstellen. Diese Bilanz ergab für Hemsbach insgesamt 50.000 Ökopunkte. Sie bittet darauf zu achten, dass der Ökoausgleich im „Wiesenseegebiet“ erfolgt.

Herr Rößling informiert, dass für die Rodung des Kiefernweggeländes insgesamt 50.000 Ökopunkte für Bepflanzungen entfallen. Diese müssen wiederhergestellt werden. Durch den Grünzug auf dem Wiesensee Gelände können ca. 30.000 Ökopunkte gutgeschrieben werden. Die Differenz soll aus dem städtischen Ökokonto ausgeglichen werden.

StR Schwöbel unterstützt StRin Drissler. Der Ökoausgleich solle vor Ort umgesetzt werden, um möglichst alle Ökopunkte dort zu realisieren.

Zu diesem Haushaltsantrag findet keine Abstimmung statt.

Digitalisierung

1. *Beschlussfassung über die Einstellung einer Vollzeitkraft als Digitalbeauftragte*r.*

Das Stellenprofil ist noch zu entwickeln.

Herr Koch informiert, dass das Land Baden-Württemberg einen Zuschuss i. H. v. 60.000 EUR für die Stelle einer Digitalisierungs-/ IT-Fachkraft im Administrationsbereich gewährt. StR Embach gibt zu bedenken, dass eine IT-Fachkraft für die Digitalisierung der Schulen und Stadtverwaltung nicht ausreicht. Die Umsetzung erfordert immensen Aufwand und Fachwissen, was eine Person allein für diesen Umfang nicht erbringen kann. Dennoch wird dem Haushaltsantrag zugestimmt.

StR Braun ist überrascht, dass Baden-Württemberg einen Zuschuss über 60.000 EUR gewährt. Dennoch ist diese Mitteilung erfreulich. Er stimmt dem Haushaltsantrag zu, möchte allerdings auch, dass die Aufgaben und Anforderungen an diese Stelle konkretisiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung

Ja:	11	
Nein:	3	Schulz-Bauerhin, Pöstges, Keller
Enthaltungen:	9	Schwöbel, Metz, Schild, Fink, Ewald, Brauch, Wiegand, Hertinger, Rheinfrank

2. *Breitbandausbau ist Teil des Digitalisierungsprozesses*

3. *Bedarfserhebung Breitbandausbau ist Teil des Digitalisierungsprozesses*

StRin Drissler sieht es als sehr dringend und erforderlich, die Vertreter von Fibernet in eine Gemeinderatssitzung einzuladen. Ihrer Auffassung nach, fühlt sich für die Weiterführung des Breitbandausbaus niemand wirklich verantwortlich, jedoch müsse die Angelegenheit vorangetrieben werden. Sie teilt mit, dass der Haushaltsantrag zurückgezogen wird. Dies allerdings mit der ausdrücklichen Bitte, einen Vertreter des Zweckverbandes zeitnah in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Bürgermeister Kirchner entgegnet, dass bisherige Einladungen zur Sitzung aufgrund Corona gecancelt werden mussten. Eine Feinplanung für Hemsbach ist bereits abgeschlossen und vorhanden. Die Anregung wird jedoch berücksichtigt.

StR Brauch verlässt um 20:20 Uhr den Ratstisch und kehrt um 20:23 Uhr an diesen zurück.

StR Embach verlässt um 20:23 Uhr den Ratstisch und kehrt um 20:26 Uhr an diesen zurück.

StRin Keller verlässt um 20:25 Uhr den Ratstisch und kehrt um 20:27 Uhr an diesen zurück.

StR Braun wünscht sich eine Zusammenfassung mit zeitlichem Korridor, auf welchem Stand sich Hemsbach momentan befindet und wie sich das weitere Verfahren darstellt.

Zu diesem Haushaltsantrag findet keine Abstimmung statt.

Stadtentwicklung

- 1. Barrierefreier Bahnhof
-Bereits abgestimmt

SPD Fraktion

- 1. Planungsrate Goetheschule

StR Braun spricht im Namen der SPD. Der Sanierungsbedarf der Goetheschule ist unumstritten. Eine Sanierung muss mittelfristig erfolgen. Um bereits jetzt notwendige Planungsschritte vorzubereiten, sollen erforderliche Planungsmittel im Haushalt veranschlagt werden.

Herr Rößling teilt mit, dass im vergangenen Jahr verschiedene Faktenblätter u. a. auch für die Goetheschule erstellt wurden. Hierbei wurde bereits der der Sanierungsaufwand sowie unterschiedliche Lösungen inklusive der Kosten dargestellt. Der Gemeinderat muss nun eine Grundsatzentscheidung fällen, welcher Sanierungsumfang gewünscht wird und gleichzeitig realistisch ist.

StR Fink teilt die Zustimmung der CDU mit.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja:	21	
Nein:	0	
Enthaltungen:	2	Embach, Lembke-Blümmel

- 2. Barrierefreier Bahnhof
-Bereits entschieden

TOP 7)	Stromlieferung für Kommunale Liegenschaften, der Straßenbeleuchtung und des Schulverbandes: Festlegung der Ausschreibungskriterien.	2020 124
---------------	--	-----------------

Herr Ehret erläutert die Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Kirchner fragt, ob die Beschlusspunkte en bloc abgestimmt werden können. Hierzu gibt es keine Einwände.

Ohne weitere Aussprache werden folgende Beschlüsse gefasst.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, die „Bündelausschreibung“ für die Stromlieferung der kommunalen Liegenschaften mit der Gt-Service GmbH durchzuführen.
2. Als Bezugszeitraum werden zweieinhalb Jahre, vom 01.07.2021 bis zum 31.12.2023 festgelegt. Darüber hinaus besteht die Option, den Vertrag zweimal um ein Jahr zu verlängern.
3. Die Stromerzeugung wird auf 100 % Ökostrom festgesetzt.
4. Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung das wirtschaftlichste Angebot anzunehmen.
5. Die Stromlieferung für den Zeitraum 01.04.2021 bis 30.06.2021 übernehmen die Stadtwerke Viernheim.

Abstimmungsergebnis 7.1 – 7.5:

Einstimmige Zustimmung

Ja: 23
 Nein: 0
 Enthaltungen: 0

TOP 8)	Genehmigte und abgelehnte Bauvorhaben im September / Oktober / November 2020	2020 125
---------------	---	-----------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

TOP 9)	Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen	2021 003
---------------	---	-----------------

Aufgrund Befangenheit nach § 18 GemO, verlassen folgende Stadträtinnen und Stadträte den Ratstisch und nehmen im Zuhörerbereich Platz:
 StR Hertinger, StR Pöstges, StRin Keller, StR Rheinfrank, StR Brauch, StR Wiegand, StR Klefenz

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen, sodass Bürgermeister Kirchner direkt in die Beschlussfassung übergeht.

Es liegen folgende Spendenangebote vor:

1. Spender: Ilse und Walter Pauli
 Grund: Jugendzentrum Hemsbach
 Betrag: **50,00 EUR**
 Eingang: 16.12.2020
2. Spender: Ernst Hertinger
 Grund: Jugendfeuerwehr Hemsbach / entfallene Weihnachtsbaumsammelaktion
 Betrag: **100,00 EUR**
 Eingang: 28.12.2020

3. Spender: Andreas Wiegand
Grund: Jugendfeuerwehr Hemsbach / entfallene Weihnachtsbaumsammelaktion
Betrag: **100,00 EUR**
Eingang: 29.12.2020
4. Spender: Daniel Pöstges
Grund: Jugendfeuerwehr Hemsbach / entfallene Weihnachtsbaumsammelaktion
Betrag: **100,00 EUR**
Eingang: 30.12.2020
5. Spender: Thorsten Rheinfrank
Grund: Jugendfeuerwehr Hemsbach / entfallene Weihnachtsbaumsammelaktion
Betrag: **100,00 EUR**
Eingang: 30.12.2020
6. Spender: Tanja Keller
Grund: Jugendfeuerwehr Hemsbach / entfallene Weihnachtsbaumsammelaktion
Betrag: **100,00 EUR**
Eingang: 04.01.2021
7. Spender: Michael Brauch
Grund: Jugendfeuerwehr Hemsbach / entfallene Weihnachtsbaumsammelaktion
Betrag: **100,00 EUR**
Eingang: 04.01.2021
8. Spender: Denis Klefenz
Grund: Jugendfeuerwehr Hemsbach / entfallene Weihnachtsbaumsammelaktion
Betrag: **400,00 EUR**
Eingang: 29.12.2020
9. Spender: Hans-Jürgen und Ursula Adolph
Grund: Jugendfeuerwehr Hemsbach
Betrag: **30,00 EUR**
Eingang: 15.01.2021

Nach Beschlussfassung kehren alle Stadträtinnen und Stadträte an ihren Platz am Ratstisch zurück.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der oben genannten Spendenangebote zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung.

Ja: 16
Nein: 0
Enthaltungen: 0

TOP 10)	Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen	
----------------	--	--

1. Stellungnahme Bürgermeister // Freibad Wiesensee

Bürgermeister Kirchner geht auf das Thema „Freibad Wiesensee“ ein, welches in den vergangenen Tagen hohe Wellen geschlagen hat. Er stellt klar, dass der Wiesensee weder geschlossen, noch die Liegewiese verbaut wird. Das Freibad weist ein jährliches Defizit von

hunderttausenden Euro auf, sodass Einspar- sowie Einnahmepotenziale und auch die Variante einer offenen Badestelle sachlich und ohne Vorfestlegungen in öffentlicher Sitzung besprochen werden sollten. Dem Wunsch der Mehrheit des Gemeinderates, diese Angelegenheit im Rat unvoreingenommen beraten zu können, kann aufgrund bereits veröffentlichter Presseartikel und voranschreitender Diskussionen in den sozialen Medien, nicht mehr gefolgt werden. Stellungnahmen zu einer offenen Badestelle sollten erst abgegeben werden, nachdem sich der potentielle Pachtinteressent im Gemeinderat vorgestellt hat. Diese Regelung wurde mit den Fraktionen abgestimmt. Da in der Zwischenzeit gegenüber der Presse bereits Statements einer Fraktion getätigt wurden, folgten nach der Berichterstattung die Reaktionen in den sozialen Medien. Bürgermeister Kirchner teilt mit, dass der Pachtinteressent daraufhin sein Interesse an einer Pacht verlor und dies gegenüber der Verwaltung auch so äußerte. Abgesehen von der finanziellen Situation, wird sich die Stadt in naher Zukunft mit weiteren Problemstellungen, in Zusammenhang mit dem Wiesensee, auseinandersetzen müssen. Die bereits über 40 Jahre alte Technik der Chlorgasanlage muss erneuert werden; das gleichaltrige Gewöhnungsbecken benötigt ebenfalls dringend eine Sanierung. Die Kosten hierfür werden aktuell ermittelt. Bürgermeister Kirchner merkt an, dass sich die Aufrechterhaltung der Badeaufsicht immer schwieriger gestaltet. Trotz aller Bemühungen seitens der Verwaltung, findet sich kein geeignetes und qualifiziertes Personal. Dies hat zur Folge, dass eine verlässliche und dauerhafte Badeaufsicht zukünftig nicht mehr unbegrenzt geleistet werden kann. Zwangsläufig führe dies zu Einschränkungen des Badebetriebs. Zusätzlich haben u.a. Umkleideräume und Schließfächer einen hohen Sanierungs- bzw. Erneuerungsbedarf. Bürgermeister Kirchner ist der Auffassung, dass sich grundsätzlich darüber Gedanken gemacht werden muss, wie der Freizeitwert des Wiesensees und die damit verbundenen Einnahmen gesteigert werden können. Aufgrund der noch nicht abschließend aufgeführten Argumente, suchte die Verwaltung nach Lösungen und Alternativen. Da sich die Alternative einer offenen Badestelle aufzeigte, wurde hierfür ein Gutachten in Auftrag gegeben. Diese Beurteilung sollte als Grundlage zukünftiger Beratungen dienen, eine Alternative in der allgemeinen Diskussion darstellen und aufzeigen, ob eine Umwandlung des Wiesensees überhaupt möglich ist. In nichtöffentlicher Sitzung am 19.10.2020 wurden die Ergebnisse vorgelegt. Die Beratung sollte dann in einer öffentlichen Sitzung stattfinden. Bürgermeister Kirchner betont, dass sich die Verwaltung und der Gemeinderat über die Bedeutung des Wiesensees in allen Bereichen der Lebensqualität, Attraktivität und des Freizeitwerts für Hemsbacher/innen im Klaren ist. Demnach gilt es, gemeinsam Lösungen zu finden, diese transparent darzustellen und Alternativen neutral zu beraten, um aus finanzieller Sicht auch weiterhin den von den Bürgern/innen geschätzten Badebetrieb aufrecht erhalten zu können. Abschließend bittet er darum, dass solche Themenbereiche nicht bereits im Vorfeld medial und in der Presse so diskutiert werden, sodass die Entscheidungsfreiheit des Gremiums von vorneherein beeinflusst bzw. eingeschränkt wird.

StRin Ehret geht auf die Stellungnahme von Bürgermeister Kirchner ein. Sie weist darauf hin, dass das Gremium von seiner Schweigepflicht entbunden wurde, um frei, sachlich und ruhig über die See-Thematik diskutieren zu können. Die Fraktion Pro Hemsbach sprach anschließend offen mit der Bürgerschaft, worauf hin die Resonanz riesig war und auch einige Vorschläge bei Pro Hemsbach eingingen. Sie selbst ist der Meinung, dass die Stadt gemeinsam zu einem zufriedenstellenden Ergebnis gelangen wird.

StR Hertinger betont, dass durch Veröffentlichung in der Presse und den darauffolgenden Diskussionen in der Bevölkerung, die geplante Vorgehensweise des Gemeinderates und der Verwaltung zunichtegemacht wurde. Zu allem Übel wurden dann noch Gerüchte verbreitet, welche in keiner Weise zur Debatte standen. Der Gemeinderat selbst wurde in seiner Entscheidungsfreiheit beraubt und kann nicht mehr unvoreingenommen über das Thema Wiesensee beraten. StR Hertinger ist stark erbost über das Verhalten einzelner Mitglieder des Gemeinderates. Er selbst hoffe, in Zukunft weiterhin mit der Verwaltung gut zusammenarbeiten zu können.

StR Fink findet es warnsinng schade, wie der Sachverhalt seinen eigenen Verlauf genommen hat. Er selbst fühlt sich in seiner Entscheidungsfreiheit eingeschränkt und bei einer objektiven Lösungsfindung beraubt. Durch das „Vorpreschen“ einer Fraktion wurde jegliche Diskussion innerhalb des Rates von vorneherein ausgeschlossen. Er stellt klar, dass der Gemeinderat nur von der Schweigepflicht entbunden wurde, um etwaigen Gerüchten entgegenzuwirken und ruhig sowie beherrscht mit den Bürgern/innen sprechen zu können. Für ihn ist es nicht nachvollziehbar, als auch leicht schändlich, weshalb daraus eine „Medienkampagne“ gemacht wurde.

StR Schulz-Bauerhin drückt ebenfalls sein Unverständnis aus. Innerhalb des Gremiums gab es ganz klare Absprachen, wie an den Sachverhalt herangegangen wird. Stellungnahmen der Fraktionen sollten erst nach Vorstellung des Pachtinteressenten abgegeben werden. Auch er fühlt sich in seiner Entscheidungsfindung eingeschränkt. Dies hänge auch damit zusammen, dass persönliche Anfeindungen gegenüber einzelnen Gemeinderatsmitgliedern erfolgen.

StR Embach schließt sich seinen Vorrednern an. Auch seine Fraktion war verwundert, als diese den Zeitungsartikel aus den Weinheimer Nachrichten entnahm. Das Vorpreschen und den Alleingang der Pro Hemsbach-Fraktion erachtet er als unerträglich, anmaßend sowie unkollegial den restlichen Gremiumsmitgliedern gegenüber. In puncto Wiesensee könne nicht mehr objektiv und neutral beraten werden.

StR Ewald findet es furchtbar schade, dass die Angelegenheit im Rat nicht sachlich diskutiert werden konnte. Er bedauert sehr, dass viele Entscheidungen vorweggenommen wurden. Die Verhaltensweise der Fraktion ist fragwürdig, nicht nachvollziehbar und verdient in keiner Weise solch eine Aufmerksamkeit.

StRin Drissler verwehrt sich der Anschuldigung, nichtöffentliche Inhalte nach außen getragen zu haben. Sie betont, dass die Verschwiegenheitspflicht zum Thema Wiesensee durch den Bürgermeister aufgehoben wurde. Dies bedeute, dass jedes einzelne Mitglied des Gremiums mit Bürgern/innen diskutieren konnte. StRin Drissler wundert sich über die Reaktionen, wenn die Bürgerbeteiligung sowie der Bürgerwille zu dieser Thematik eindeutig erkennbar sind. Die große Mehrheit wünscht sich weiterhin ein Freibad. Auch das Wiesenseegelände soll in seiner Gesamtheit beibehalten werden. Aufgabe des Gemeinderates ist es nun, alle Kostenfaktoren zu analysieren und die Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen, um das Freibad weiterhin betreiben zu können.

2. Lärmschutz Kiefernweg

StRin Drissler erinnert an eine Bitte der Fraktion, die neuen Grundstückseigentümer im Kiefernweg anzufragen, ob eine Lärmschutzwand oder stattdessen der freie Blick auf das Wiesenseegelände gewünscht ist.

Herr Rößling antwortet, dass die Lärmschutzwand dem Schutz des Sees gegen die Anwohner dient. Die Wand ist in der Schallberechnung bzw. im Konzept der Lärmermittlung enthalten und muss in einer Höhe von 2,50 Metern errichtet werden.

3. Hans-Michel-Halle // Wasserrohrbruch

StRin Drissler macht auf einen Wasserrohrbruch in der Hans-Michel-Halle aufmerksam und fragt nach dem Stand der Schadensbeseitigung.

Herr Rößling informiert, dass es einen Wasserrohrbruch in den Duschen der Hans-Michel-Halle gab. Die defekten Leitungen werden ausgetauscht und der Bereich neu gefliest bzw. repariert.

4. TIK-Gelände // ehem. Beltz-Gelände

Herr Rößling bezieht Stellung zum Thema „Beltz-Gelände“. Er erklärt, dass das ehemalige Beltz-Gelände in der Tilsiter Straße momentan gewerblich genutzt wird. Für dieses Grundstück existiert ein Bebauungsplan, welcher ausschließlich Gewerbe vorsieht. Der Eigentümer des Grundstücks kam auf die Kommune zu und fragte an, ob das Gelände entwickelt werden könnte, um auch Wohnbebauung zu ermöglichen. Entsprechend dem Bebauungsplan (BPlan) ist dies gegenwärtig nicht möglich, sodass eine Änderung des BPlans erforderlich ist. Diese Änderung ist eine große und wichtige stadtplanerische Entscheidung, welche nur durch den Gemeinderat getroffen werden kann. In bereits geführten Diskussionen innerhalb des Gremiums wurde entschieden, einer Änderung der Nutzung von Gewerbe zu Wohnen prinzipiell zuzustimmen und dem Weg einer Umwandlung entsprechend zu folgen. Demnach ist eine Entwicklung zur Wohnbebauung grundsätzlich denkbar. Die unterschiedlichen Anforderungen und Wünsche an die Maßnahme müssen nun zwischen dem Investor und der Stadt Hemsbach abgestimmt werden. Herr Rößling teilt mit, dass die Errichtung neuer Wohnungen grundsätzlich für die Stadt einen positiven Aspekt darstellt. Dies hat allerdings auch zur Folge, dass die städtische Infrastruktur in Form von Straßen, Kindergärten und Schulen ausreichend zur Verfügung gestellt werden muss. Demnach entstehen für die Stadt neben dem Nutzen ebenso Aufwendungen. Durch die Umwandlung von Gewerbe- in Wohngebiet entwickelt das Grundstück eine große Wertschöpfung und wird dadurch erheblich wertvoller. Aufgrund dessen ist es angemessen und notwendig, dass die Stadt Hemsbach bei den Planungen berücksichtigt wird. Der Umfang der Maßnahme ergibt sich alleine auf Grundlage der großen Bodenwertsteigerung. So hat der Gemeinderat als wichtige Punkte der Planung definiert, einen Teil der Wohnungen als sozial geförderte Wohnungen zu errichten. Ebenso soll ein Teil der Erschließungsbereiche öffentlich werden. Auf dem Standpunkt, dass der Investor bei dem Projekt einen Beitrag für die Allgemeinheit trägt, wurde bei den Gesprächen immer Wert gelegt. Die Verwaltung kam mit dem Investor überein, dass im ersten Schritt eine Übereinkunft hierzu gefunden wird. Erst danach sollen weiteren Punkte, wie Städtebau geklärt werden. Herr Rößling macht darauf aufmerksam, dass zurzeit keine städtebaulichen Fragen zu klären sind. Vielmehr warte die Verwaltung darauf, dass der Eigentümer zu seiner Verpflichtung steht, im Projekt auch einen angemessenen Beitrag für die städtischen Belange zu leisten. Auf dieses Einverständnis wartet die Verwaltung nun etliche Monate.

5. Hebelschule // Wahllokal

StR Schwöbel bittet um Korrektur der Wahllokale für die Landtagswahl. Die Bürger/innen, welche in der Vergangenheit in der Hebelschule ihr Wahllokal hatten, wurden wieder nach dorthin eingeladen. Durch den sich noch im Rohbau befindlichen Zustand der Schule ist eine Stimmabgabe in diesen Räumlichkeiten nicht möglich. Er bittet darum, alle in die Hebelschule eingeladenen Bürger/innen über den neuen Standort des Wahllokals in der Hans-Michel-Halle zu informieren.

Herr Pohl macht darauf aufmerksam, dass jeder Wähler noch einmal persönlich angeschrieben und informiert wird. Auch auf der städtischen Homepage wurde eine entsprechende Information veröffentlicht.

6. Forstarbeiten im Hemsbacher Wald

StR Schwöbel spricht die bereits begonnenen Forstarbeiten im Hemsbacher Wald an. Er könne sich nicht erinnern, dass der Gemeinderat hierzu einen Beschluss gefasst und zugestimmt hat.

Herr Schork antwortet, dass der vorgesehene Waldbegang im Jahr 2020 – aufgrund der Corona-Pandemie – entfiel. Auch konnten die Vertreter des Forstamtes pandemisch bedingt nicht in eine der Sitzungen eingeladen werden. Innerhalb des Gremiums wurde dann vereinbart, dass die Zahlen des Forstwerkes in den Haushaltsplan der Stadt eingearbeitet

und mit Verabschiedung des Haushalt 2021 auch die forstlichen Maßnahmen mit beschlossen werden.

StRin Drissler bittet in diesem Zuge darum, den Förster in eine Gemeinderatssitzung einzuladen, sodass dieser über die Waldstrategie des Landes Baden-Württemberg informiert. Zusätzlich bittet sie um eine Waldbegehung im Frühjahr, sollte dies corona-bedingt möglich sein.

7. Kiefernweg – Halteverbot // Verkehrstagefahrt

StRin Drissler ist der Auffassung, dass im Kiefernweg verkehrsrechtliche Maßnahmen erforderlich sind. Sie selbst ist Anwohnerin der genannten Straße und bittet, in Abstimmung mit der Verkehrsbehörde zu prüfen, ob ein beidseitiges Halteverbot möglich ist. Zusätzlich wünsche sie sich eine Verkehrstagefahrt.

Herr Pohl merkt an, dass erst nach Abschluss der Baumaßnahmen festgestellt werden könne, welche verkehrsrechtliche Maßnahmen im Kiefernweg zu tätigen sind. Zusätzlich gibt er bekannt, dass sowohl die Kreisbehörde als auch das Polizeipräsidium Heidelberg nicht bereit ist, an einer Verkehrstagefahrt teilzunehmen.

StR Follo verlässt um 21:27 Uhr den Ratstisch und kehrt um 21:30 Uhr an diesen zurück.

8. Übersicht schulischer Haushaltsmittel

StRin Drissler bittet um eine Übersicht über die Mittel, welche den jeweiligen Schulen zur Verfügung stehen.

Bürgermeister Kirchner macht darauf aufmerksam, dass sich – aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der Verwaltung – die Beantwortung solche Anfragen verzögern kann.

9. Bundeswaldprämie

Herr Schork informiert, dass Hemsbach als eine der ersten Kommunen im Landkreis, eine Bundeswaldprämie i. H. v. 23.500 EUR erhalten hat. Diese dient der Unterstützung des Forstes.

10. Mühlweg // Straßensperrung

Bürgermeister Kirchner informiert, dass in den Kalenderwochen 8 und 9 mit Straßensperrungen des Mühlweges zu rechnen ist.

11. Sitzungsbeginn

StR Metz bittet darum, noch einmal den Sitzungsbeginn um 18:00 Uhr zu überdenken. Eine Änderung auf 18:30 Uhr würde einigen und auch ihm, als selbstständig tätige Person, sehr entgegenkommen.

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: _____

Schriftführer/in: _____

Urkundsperson: _____

Urkundsperson: _____